

Malsfelder sollen für Abwässer mehr zahlen

8.1.82

SPD-Fraktion: Auch für Bestattungen

Malsfeld- (gmu). Die Malsfelder Einwohner werden sich vermutlich auf eine Anhebung der Abwassergebühr noch in diesem Jahr einstellen müssen. Die SPD-Gemeindevertreterfraktion hat jedenfalls in einer „Gebührensitzung“ unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Schwarzenau die Ansicht vertreten, daß eine Erhöhung von bisher 0,60 DM auf 1,20 DM pro Kubikmeter gebrauchten Frischwassers angeraten sei, zumal durchaus schon erhebliche Vorleistungen erbracht worden seien, wenn auch Malsfeld noch über kein Klärwerk verfüge.

Bürgermeister Kurt Stöhr machte vor der SPD-Fraktion deutlich, daß allein 500 000 Mark an Planungskosten zu Buche stünden, wobei noch nicht einmal die „baureifen“ Pläne für die notwendige Kläranlage eingerechnet seien. Außerdem habe die Gemeinde bereits 1,5 Millionen Mark in die Kanalisation des Ortsteils Elfershausen gesteckt.

In diesem Zusammenhang teilte Fraktionsvorsitzender Schwarzenau gegenüber der HNA mit, daß die SPD-Gemeindevertreter Anfang Februar zu einer erneuten Sitzung zusammenkämen, in der dann ein Fachmann darstellen sollte, welches Klärsystem für Malsfeld in Frage kommen könne.

Schwarzenau wies zugleich darauf hin, daß sich die gesamte Gemeindevertretung bereits „vor Ort“ über die verschiede-

nen Möglichkeiten informiert habe, und zwar im Westerwald, in Baden-Württemberg sowie im Harz, wo jeweils eine moderne „Kompaktanlage“, eine sogenannte „Simultanteichanlage“ — wie sie auch unweit von Malsfeld, nämlich in Eiterhagen, bereits besteht — und eine „Wurzelraumentorgungsanlage“ begutachtet werden konnten. Letzteres System sei ja gerade in jüngster Zeit wieder in die öffentliche Diskussion gebracht worden. Die Fraktion werde zu gegebener Zeit ihre Ansicht darlegen, nicht zuletzt hinsichtlich des Kostenaufwandes.

Bestattungswesen

Aber auch das Bestattungswesen der Großgemeinde Malsfeld war Beratungsthema, vor allem das jährliche Defizit von 10 000 bis 15 000 Mark. Die Fraktion schloß sich der Meinung des Bürgermeisters an, daß dieser Gebührenhaushalt ausglich werden solle und müsse, zumal die Einnahmen fast einzig aus den Gebühren für Grabstätten bestünden. Es könne daher nicht mehr angehen, daß für das Ausheben eines Grabes, mit dem zwei Gemeindearbeiter einen Tag lang beschäftigt seien, nur 160 Mark entrichtet würden. Empfehlung der SPD-Fraktion: 250 Mark.

Ebenso werde man nach Angaben von Wilhelm Schwarzenau der Gemeinde vorschlagen, die Hundesteuer anzuheben: für den ersten Hund von 25 auf 40, für den zweiten Hund von 45 auf 60 und für den dritten Hund von bisher 60 auf 80 Mark.

Keine Erhöhungen sollten dagegen nach Auffassung der SPD-Fraktion beim einmaligen Abwasseranschlußbeitrag (2 Mark) sowie bei der Wasserversorgung eintreten.

Denn, so Bürgermeister Stöhr, die großen Investitionen seien „durch“. Lediglich Verbesserungen an den einzelnen Ortsnetzen seien notwendig, vor allem in Ostheim. Insgesamt werde auf dem Gebiet der Wasserversorgung „nun langsamer getreten“.